

SPD Fraktion

Presseinformation



29.01.2007

Ein neues Rathaus für Rödermark?

Wenn es nach der SPD-Fraktion im Rödermärker Parlament geht, soll über ein neues Rathaus für die Stadt zumindest intensiv nachgedacht werden.

Die zurzeit benutzten Rathäuser und Verwaltungseinheiten in insgesamt fünf Gebäudekomplexen seien, so Fraktionssprecher Norbert Schultheiß, ursprünglich nicht oder nur zum Teil als Bürogebäude geplant und genutzt worden. Die deshalb immer wieder notwendigen Umbauten hätten in vielen Fällen zu ungünstigen Büroeinheiten geführt. Viele Räume seien überdimensioniert, andere wiederum durch ihre Lage und Schnitt völlig ungeeignet für die Arbeit einer Stadtverwaltung. Hinzu kämen mangelnde Isolierungen, die im Sommer den Einbau von Klimageräten erforderten und auch im Winter zu einem unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch führten. Die ursprünglichen Nutzungszwecke z.B. als Wohngebäude verhinderten angemessene architektonische Lösungen.

Diese Situation in den Rathäusern lasse vermuten, so Schultheiß, dass die Bewirtschaftung des derzeitigen Gebäudebestandes verglichen mit einem neuen, modernen Bauwerk nicht ökonomisch ist.

Es bestehe jetzt auch Entscheidungsbedarf, weil einerseits die Verwaltung an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sei, andererseits die Arbeitsbedingungen vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die gegebenen räumlichen Verhältnisse auf Dauer nicht akzeptabel seien und langfristig mit weiteren Aufgaben für die Kommunen gerechnet werden müsse.

Die SPD will deshalb mit Hilfe eines Prüfungsauftrages an den Magistrat die Wirtschaftlichkeit der Rathäuser untersuchen lassen. Ein durch den Eigenbetrieb Wohnungsbau zu erstellendes Gutachten soll eine vergleichende Betrachtung der aktuellen Kosten der Bewirtschaftung der Rathäuser zu einem optimal angepassten Gebäude ermöglichen.

Auf der Grundlage dieser Ermittlungen soll eine Entscheidung über die wirtschaftlich sinnvollste Lösung für die langfristige Unterbringung der Verwaltung getroffen werden.

Selbstverständlich, so die SPD, müsse in die Berechnungen einbezogen werden, dass es weiterhin Anlaufstellen der Verwaltung in den Ortsteilen gebe. Die Bürgernähe müsse auf jeden Fall erhalten bleiben.

Schultheiß betonte, dass die Überlegungen gerade auch im Zusammenhang mit notwendigen kommunalen Sparmaßnahmen gesehen werden müssen.



Daniel Weber
Fraktionsvorsitzender

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den
Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Daniel Weber

Tel.: 06074 – 96316

Mobil: 0177 - 7368406

Email: daniel@webernetz.de